

Medienkonferenz
Uno-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung
Die Schweiz steht auf der Bremse

Dienstag, 25. November 2008 in Bern

Mediendossier

Inhalt:

- Medienmitteilung
Finanzkrise und Entwicklungsländer: Kritik an der Haltung der Schweiz
- Bastienne Joerchel, Alliance Sud
Doha im Zeichen der Finanzkrise
- Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud
Die Schweiz soll die Bremse lockern
- Bruno Gurtner, Präsident Tax Justice Network
Steuerpolitik steht im Zentrum der Entwicklungsdebatte!

Medienmitteilung

Bern, 25. November 2008

Vor der Uno-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung

Finanzkrise und Entwicklungsländer: Kritik an der Haltung der Schweiz

Am Freitag beginnt in Doha die Uno-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung. Sie steht im Zeichen der internationalen Finanzkrise, die immer mehr auch ärmere Länder in den Abgrund reisst. Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der grossen Hilfswerke, hat den Bundesrat aufgefordert, die Vorschläge der Entwicklungs- und einiger Industrieländer zu akzeptieren. Diese fordern eine stärkere internationale Regulierung der Finanzmärkte und eine konsequente Eindämmung schädlicher Steuerpraktiken, um die Entwicklung armer Länder zu fördern statt zu behindern.

Bei der Diskussion um eine verbindlichere Regulierung der Finanzmärkte sei die Schweiz bisher „auf der Bremse gestanden“, kritisierte Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliance Sud, in Bern. Sie neige der Position der USA zu, welche die bisherige, lose Zusammenarbeit nationaler Behörden weiterführen möchte. Das sei ungenügend und habe noch keine Finanzkrise verhindert. Niggli warf dem Bundesrat vor, er wehre sich gegen eine verbindlichere globale Regulierung, weil er Druck auf das Bankgeheimnis befürchte und „um die Offshore-Aspekte des Finanzplatzes vor internationaler Aufsicht zu schützen“. Dies sei nicht nur wirtschaftspolitisch falsch, sondern widerspreche den Zielen der schweizerischen Entwicklungspolitik. Niggli rief den Bundesrat zudem auf, sich klar für eine stärkere Mitsprache der Entwicklungsländer in internationalen Finanzinstitutionen wie dem Währungsfonds auszusprechen, auch wenn das die Stimmenmehrheit der Industrieländer beseitigt.

Bruno Gurtner, Präsident des internationalen Netzwerks für Steuergerechtigkeit (Tax Justice Network) und ehemaliger Ökonom von Alliance Sud erklärte, die Steuerpolitik sei ein zentrales Element der Entwicklungsfinanzierung. Von ihr hänge es ab, wie viel eigene Ressourcen ein Land für soziale Programme aufbringen könne. Wegen Steuerhinterziehung, Steuerwettbewerb und anderen schädlichen Praktiken entgingen den Entwicklungsländern jährlich jedoch 250 Milliarden Franken, doppelt so viel, wie sie Entwicklungshilfe erhalten. Um Gegensteuer zu geben, stünden an der Uno-Konferenz verschiedene Vorschläge zur Diskussion. Doch „um ihre Rolle als Steuerfluchthafen zu bewahren“, dränge die Schweiz auf „möglichst nichts sagende Aussagen“, kritisierte Gurtner. Insbesondere lehne sie die Aufwertung eines Uno-Komitees für internationale Steuerpolitik ab. Gurtner rief die Schweiz auf, die internationalen Standards des OECD und der Uno für einen Informationsaustausch zu akzeptieren und analog zur EU auch mit Entwicklungsländern ein Zinsbesteuerungsabkommen abzuschliessen.

Alliance Sud ist die gemeinsame entwicklungspolitische Organisation der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks.

Weitere Informationen:

Peter Niggli, Tel. 079 262 69 27

Bruno Gurtner, Tel. 079 400 95 66

Medienkonferenz vom 25. November 2008 in Bern

Uno-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung vom 29.11.-2.12.2008 in Doha

Doha im Zeichen der Finanzkrise

Bastienne Joerchel, Koordinatorin für Entwicklungspolitik, Alliance Sud

Das kommende Treffen in Doha ist die zweite Uno-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung. Die erste fand 2002 in Monterrey statt. Leitthema beider Konferenzen ist die Frage, welche nationalen und welche internationalen Regeln und Institutionen der Entwicklung der armen Länder förderlich sind. Den gegenwärtigen Verhandlungen liegt ein Textentwurf zugrunde, der die Abschlusserklärung von 2002, den sogenannten „Monterrey-Konsensus“, übernimmt, aktualisiert und weiterentwickelt.

2002 haben die Industrieländer weitgehend ihre Ansichten durchgesetzt. Danach tragen die Entwicklungsländer selber die Verantwortung für die Finanzierung ihrer Entwicklung. Durch geeignete Wirtschaftspolitik sollten sie, gemäss Monterrey-Konsens, ihre Steuerbasis erweitern, mehr Steuern erheben und mehr Auslandsinvestitionen anziehen. Die Industrieländer würden nur ergänzend beistehen – durch höhere Entwicklungshilfe und Schuldenerlass. Dagegen ist aus entwicklungspolitischer Sicht nichts einzuwenden. Unbefriedigend blieb der Monterrey-Konsens hingegen bei den sogenannten „systemischen Problemen“, das heisst der Reform der internationalen Regeln und Institutionen, welche die Entwicklungsländer benachteiligen. Hier stellten sich die Industrieländer taub.

Das Verdrängte taucht nun mit grosser Wucht in der zweiten Entwicklungsfinanzierungskonferenz wieder auf. Die Entwicklungsländer meinen, sie hätten in allen Belangen ihrer nationalen Politik Fortschritte erzielt, was faktisch für viele unter ihnen tatsächlich zutrifft. Ungelöst und dringlich sei jedoch angesichts der weltweiten Finanzkrise und der kommenden globalen Rezession eine Revision der globalen Regeln bzw. der globalen Regellosigkeit, welche die Finanzmärkte charakterisiert. Ungelöst ist auch die entwicklungsfreundliche Reform der Welt handelsregeln: Die fast gleichzeitig zur Konferenz von Monterrey gestartete sogenannte „Entwicklungsrunde“ der Welthandelsorganisation (WTO) liegt derzeit im Koma. Schliesslich hinken die Industrieländer auch in Sachen höhere Entwicklungshilfe und grosszügige Entschuldung ihren Versprechen hinterher.

Beide Konferenzen fanden bzw. finden im Umfeld einer Finanzkrise statt, welche die Dringlichkeit der verhandelten Probleme unterstreicht. Aus Sicht der Entwicklungsländer sollte die Konferenz von Monterrey die Lehren aus der asiatischen Finanzkrise von 1997/1998 ziehen, deren Nachwirkungen anfangs 2002 Argentinien in den Bankrott getrieben hatten. Die Entwicklungsländer waren damals der Ansicht, dass die forcierte Liberalisierung der Finanzmärkte Asiens und Lateinamerikas die asiatische Finanzkrise ausgelöst habe. Sie verlangten deshalb internationale Regulierungs- und Aufsichtsmaßnahmen, um künftige Finanzkrisen abzuwehren.

Passiert ist praktisch nichts: Der Internationale Währungsfonds (IWF) nahm 1998 zwar Diskussionen über eine „neue internationale Finanzarchitektur“ auf. Aber im IWF galt das Hauptaugenmerk dem Ungenügen der nationalen Finanzmärkte der Entwicklungsländer, weil die Industrieländer darin die Ursache der Asienkrise orteten.

Die heutige Finanzkrise brach im bestregulierten, innovativsten und mit weiteren Superlativen bedachten Finanzplatz der USA aus, dem Vorbild für die ganze Welt. Sie riss, weil die Finanzmärkte globalisiert sind, die restlichen Industrieländer und nun auch die erfolgreicherer Entwicklungsländer in den Strudel mit. Im Zentrum der heutigen Diskussionen stehen nicht mehr junge „unterentwickelte“ Finanzinstitutionen von Ex-Kolonien, sondern der Kern der Finanzmärkte selber. Die Entwicklungsländer verlangen deshalb, dass im Entschlusdokument von Doha die Versäumnisse der Vergangenheit benannt und kritisiert werden. Die Industrieländer wehren jede Vergangenheitsbewältigung ab. Die USA etwa, nicht gerade unschuldig am herrschenden Wirtschaftschaos, wollen im Konferenzdokument lediglich festhalten, dass die Staatengemeinschaft „weitere entschiedene und zeitgerechte Massnahmen zur Verbesserung des internationalen Wirtschaftssystems unternehmen“ wolle. Immerhin konnten die Entwicklungsländer aber durchsetzen, dass in der Doha-Erklärung die aktuelle „mehrschichtige Krise der Finanzen, der Nahrungsmittel, der Energieversorgung und der Klimaerwärmung“ angesprochen und die Umrisse einer koordinierten internationalen Antwort darauf skizziert werden.

Entsprechend stehen in Doha nun die systemischen Fragen im Brennpunkt der Auseinandersetzungen und nicht mehr die nationalen Versäumnisse der armen Länder.

Den Entwicklungsländern und den Entwicklungs-NGOs aus aller Welt geht es erstens darum, in Doha ein paar Pflöcke zur Finanzkrise einzuschlagen. Dazu wird sich Alliance Sud-Geschäftsleiter Peter Niggli äussern.

Ein zweites systemisches Thema betrifft die Tatsache, dass die Entwicklungsländer seit Jahren netto Kapital in die Industrieländer exportieren, während das Hauptthema der Uno-Konferenz – die Entwicklungsfinanzierung – vom Umgekehrten ausgeht. Dass nämlich die Industrieländer netto Kapital in die armen Länder exportieren sollten. In diesem Punkt wird hauptsächlich um Fragen der Kapitalflucht, der Steuerflucht, der „verbotenen“ (*illicit*) Kapitalflüsse und aller anderen Finanzaktivitäten gestritten, die ausserhalb jeglicher Kontrollen ablaufen. In diesem internationalen „Schattenbanksystem“, wie es die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) nennt, befanden sich Ende 2007 Anlagen, die zwei Drittel aller Anlagen im offiziellen Banken- und Finanzsystem ausmachten. Darüber wird Bruno Gurtner vom Tax Justice Network sprechen.

Drittens wollen die Entwicklungsländer im Schlussdokument festhalten, dass sie genügend „wirtschaftspolitischen Spielraum“ (*policy space*) brauchen, um Strategien der wirtschaftlichen Modernisierung und Industrialisierung verfolgen zu können. Sie richten sich damit gegen die geltenden Welthandelsregeln, die alle Länder gleichen Disziplinen und Anforderungen unterwerfen und die Entwicklungsunterschiede bzw. die höchst unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit der Länder nicht berücksichtigen. Obwohl mittlerweile auch die Weltbank, das „entwicklungspolitische Hirn“ der Industrieländer, anerkennt, dass für die armen Länder wirtschaftspolitische Vielfalt und individueller *policy space* nötig seien, wollen die Industrieländer, auch die Schweiz, diesen Grundsatz aus dem Doha-Schlussdokument streichen.

Viertens ist der Stellenwert der Uno-Entwicklungsfinanzierungskonferenzen umstritten. Entwicklungsländer und NGOs betrachten diese Konferenzen nicht als Eintagsfliegen, sondern als Prozess, in dem alle Staaten dieser Welt die Fragen einer eng globalisierten, aber unterregulierten Weltwirtschaft debattieren, Massnahmen zur Beseitigung benachteiligender Regelungen und zur Stabilität des Systems vereinbaren und das Erreichte überprüfen könne. Dazu braucht es einen institutionalisierten, regelmäßigen und verbindlichen Überprüfungsmechanismus, der nicht nur die höchste Ebene staatlicher Repräsentanz umfasst, sondern hochrangige Vertreter aller betroffenen Ministerien, Vertretungen der globalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen und VertreterInnen von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft zusammenführt. Dabei gilt es zu beachten, dass grösstmögliche Transparenz und breite Information aller Interessierten gewahrt bleiben.

Die Entwicklungsländer verlangen deshalb, dass die Doha-Konferenz den Präsidenten der Uno-Generalversammlung beauftragt, im März 2009 Verhandlungen über einen solchen Mechanismus aufzunehmen und an der ordentlichen Uno-Generalversammlung im Herbst 2009 abzuschliessen. Zudem soll im Jahr 2013 eine dritte Entwicklungsfinanzierungskonferenz einberufen werden. Letzteres lehnen die USA und Japan ab, während die Europäische Union darüber verhandeln will. Die Schweiz will eine Folgekonferenz lediglich in Erwägung ziehen und unterstützt in abgeschwächter Form einen Überwachungsmechanismus.

Weitere Informationen:

Bastienne Joerchel, Tel. 021 612 00 78 oder 079 445 94 87

Medienkonferenz vom 25. November 2008 in Bern

Uno-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung vom 29.11.-2.12.2008 in Doha

Die Schweiz soll die Bremse lockern

Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud

Die Schweizer Regierung hat es geärgert, dass sie, wie weitere 170 Staaten, vom Finanzgipfel der G-20 ausgeschlossen war. In Doha hätte sie nun Gelegenheit, ihre Sichtweise zur Bewältigung der Finanzkrise einzubringen. Denn die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung wird sich schwergewichtig mit der Finanzkrise beschäftigen. Vor allem die Entwicklungsländer drängen darauf. Sie wollen die Neuordnung der globalen Finanzmärkte nicht den grossen Industriestaaten und einer handverlesenen Schar von Schwellenländern überlassen und deshalb in Doha ein paar Pflöcke einschlagen, wie und mit welchen Zielsetzungen eine solche Neuordnung auszuhandeln sei. Im Vorbereitungsprozess auf Doha sträubte sich die Schweiz, sich auf diese Punkte einzulassen. Alliance Sud fordert den Bundesrat auf, von der Bremse zu treten und die Chance zu nutzen.

Vier Fragen stehen im Vordergrund:

Globale oder nationale Regulierung der Finanzmärkte?

Der Direktor der WTO, Pascal Lamy, wies kürzlich darauf hin, dass der grenzüberschreitende Handel durch eine internationale Organisation mit verbindlichen Regeln und klarer Sanktionsgewalt beaufsichtigt werde. Demgegenüber unterstünden die risikoreichen globalen Finanzmärkte nur der Aufsicht einer Vielzahl nationaler Instanzen. Dieses Problem wurde in den Vorverhandlungen zu Doha aufgegriffen. Die EU verlangt für die Finanzmärkte einen neuen internationalen Überwachungs- und Regulierungsrahmen, lässt dessen institutionelle Ausgestaltung jedoch offen. Die Entwicklungsländer fordern seit der Asienkrise dasselbe. Die USA verteidigen hingegen den Status quo, also die lose Zusammenarbeit nationaler Regulierungsbehörden, die bislang keine der Finanzkrisen verhindert hat.

Die Schweiz neigt zur Position der USA. Die Bundesverwaltung glaubt, eine globale Finanzmarktregulierung würde den „gesunden Wettbewerb“ zwischen nationalen Finanzmärkten untergraben. Sie befürchtet zudem, internationaler Druck zur „Harmonisierung“ gefährde das Bankgeheimnis. Kurz: Sie will die Offshore-Aspekte unseres Finanzplatzes vor internationaler Aufsicht und Regulierung schützen. Allerdings lässt sich eine solche Haltung international schlecht verkaufen, weshalb die Verhandlungsdelegation in Doha zu diesem Punkt ruhig bleibt.

Diese Haltung steht in Widerspruch zur schweizerischen Entwicklungspolitik und ist wirtschaftspolitisch unverständlich. Unser Land ist *lender of last resort* für zwei globale Banken, deren Verbindlichkeiten die schweizerische Wirtschaftskraft bei weitem übersteigen und deren Risiken durch unsere Aufsichtsbehörden offensichtlich nicht zu kontrollieren sind, wie der Fall

UBS zeigt. Die Schweiz sollte deshalb nach dem Schock der letzten Wochen ihre Haltung überdenken und die Anträge der EU und der Entwicklungsländer unterstützen.

Was soll reguliert werden?

Nichtregierungsorganisationen verlangten in Eingaben an ihre Regierungen, sie sollten sich an der Doha-Konferenz dafür einsetzen, alle heute wenig oder gar nicht regulierten Finanzaktivitäten ebenfalls internationaler Regulierung zu unterwerfen. Darunter fallen Hedge Funds und Private Equity-Firmen sowie das Schattenbanksystem. Der Verhandlungsentwurf sowie die Anträge der Entwicklungsländer und der EU zielen in diese Richtung. Die USA lehnen dies ab. Die Bundesverwaltung hatte ursprünglich Bedenken, die unregulierten Finanzmarktaktivitäten überhaupt zu erwähnen, will jetzt aber den vorliegenden Verhandlungstext unterstützen.

Mehr Einfluss für Entwicklungsländer?

Die internationalen Institutionen, die sich mit den globalen Finanzmärkten beschäftigen, werden bisher von den Industrieländern kontrolliert. Dass die Entwicklungsländer mehr Mitbestimmungsrechte erhalten sollten, wird seit Jahren diskutiert. In Doha verlangen diese Länder, dass ihr Stimmenanteil in IWF und Weltbank „substantiell erhöht“ werden müsse, womit sie die Mehrheit der Industrieländer brächen. Desgleichen verlangen sie eine Vertretung in allen anderen internationalen Foren und Agenturen, die sich mit den Finanzmärkten und der Erarbeitung gemeinsamer Standards beschäftigen und von denen sie heute praktisch ausgeschlossen sind. Speziell nennen sie das Financial Stability Forum und den Basler Ausschuss (*Basel Committee*).

Der G-20-Finanzgipfel von Mitte November spurte hier vor. Seine Schlusserklärung postuliert eine grössere Mitbestimmung der Schwellen- und Entwicklungsländer in IWF und Weltbank. Auch die USA unterstützten dies in den Vorverhandlungen zu Doha. Da eine Stimmrechtsverschiebung in IWF und Weltbank auf Kosten europäischer Direktoriumssitze gehen wird, sträubt sich die EU. Nach dem G-20-Gipfel kann sie allerdings diesen Punkt nicht mehr blockieren. Weniger Entgegenkommen zeigen die Industrieländer bei den anderen Agenturen, wie dem Financial Stability Forum oder dem Basler Ausschuss. Hier wollen sie eine Vertretung der Entwicklungsländer nur dort konzederen, wo es „angemessen“ sei.

Eine Stimmrechtsverschiebung in IWF und Weltbank gefährdet auch den Schweizer Sitz. Die Bundesverwaltung erwog deshalb, die Forderung abzulehnen. Da sie jedoch Angst hat, sich negativ zu profilieren, gibt sie sich nun verhandlungsbereit. Unseres Erachtens muss sie einer grösseren Mitbestimmung der Entwicklungsländer zustimmen.

Bretton Woods II?

Eine wichtige Frage ist schliesslich, wer in welchem Rahmen über die Neuordnung der globalen Finanzmärkte verhandeln und entscheiden kann. Die Entwicklungsländer verlangen, dass darüber eine Gipfelkonferenz entscheidet, welche die Uno in Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank einberufen soll. Die Idee zu einer solchen Konferenz geistert seit einiger Zeit als

„Bretton Woods II“ herum, in Erinnerung an die Bretton Woods-Konferenz von 1945, an der die Finanzordnung der Nachkriegszeit begründet worden ist. Die EU zeigt sich darüber verhandlungsbereit. Die USA lehnen es ab und sagen, es habe sich mit dem G-20-Gipfel und dem für 2009 abgemachten Folgetreffen erübrigt.

Die G-20 ist unseres Erachtens ein zu enger Rahmen. So nützlich die Initiative in sachlicher Hinsicht sein mag, so wenig dürfen die zwanzig Länder für sich beanspruchen, im Namen der ganzen Welt zu sprechen. Das haben über 500 NGOs aus aller Welt, darunter Alliance Sud, kritisiert und deshalb die Forderung der Entwicklungsländer nach einer Bretton Woods II-Konferenz unterstützt.

Die Schweiz müsste daran alles Interesse haben. Allerdings befürchtet die Verwaltung, ein Bretton Woods II führe zu internationalen Regulierungen, die die Sonderspielwiesen des Schweizer Finanzplatzes einschränken könnten. Entsprechend hat sich Bundesrat Merz unmittelbar nach seiner Rehabilitation am Radio gegen die Idee ausgesprochen. In den Doha-Unterlagen signalisiert die Schweiz allerdings Verhandlungsbereitschaft.

Alliance Sud ruft den Bundesrat auf, sich für eine umfassende, internationale Konferenz einzusetzen, um die Mitsprache der Schweiz in der Aushandlung einer neuen Finanzordnung zu sichern. Er sollte sich nicht darauf beschränken, irgendwo im G-20-Prozess in einem Nebenzimmer unterzukommen. Eine umfassende Konferenz liegt im Interesse unseres Landes und aller anderen kleineren Staaten, die vom G-20-Prozess ausgeschlossen sind.

Weitere Informationen:

Peter Niggli, Tel. 031 390 93 30 oder 079 262 69 27



Medienkonferenz vom 25. November 2008 in Bern

Uno-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung vom 29.11.-2.12.2008 in Doha

Steuerpolitik steht im Zentrum der Entwicklungsdebatte!

Bruno Gurtner, Präsident des Tax Justice Network

Die Uno-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung wird auch das Thema internationale Steuerpolitik diskutieren. Mit welchem Ausgang, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich die grossen Finanzzentren, darunter die Schweiz, durchsetzen werden, die sich gegen griffige Formulierungen in der Schlusserklärung sträuben.

Unbestritten ist, dass Steuerpolitik zu den wichtigsten Instrumenten der Entwicklungsfinanzierung gehört. Höhere Steuereinnahmen ermöglichen es einer Regierung, gezielte Programme zur Armutsbekämpfung durchzuführen. Das setzt zum einen eine gute „Steuer-Innenpolitik“ voraus: ein breit akzeptiertes Steuersystem, gut ausgebildete Steuerbehörden und einen Staat, der die Steuern auch tatsächlich eintreibt und die Einnahmen transparent einsetzt.

Parallel dazu braucht es internationale Massnahmen, um Steuerhinterziehung, Steuerflucht und den Abfluss illegaler, „schmutziger“ Gelder zu bekämpfen. Zuverlässige Schätzungen veranschlagen die Steuerausfälle der Entwicklungsländer infolge Hinterziehung, schädlicher Steuerpraktiken, unreguliertem Steuerwettbewerb und der Attraktivität von Steueroasen auf nahezu 250 Milliarden Dollar pro Jahr – mehr als das Doppelte der internationalen Entwicklungshilfe. Könnte man nur einen Teil dieser Gelder vor Ort halten, stünden viel mehr Ressourcen für soziale Entwicklung bereit.

Beides, die Steuer-Innenpolitik und die internationale Koordinierung, waren schon Thema der ersten Konferenz über Entwicklungsfinanzierung von 2002 in Monterrey. Halbwegs verbindliche Aussagen zur Bekämpfung von Kapital- und Steuerflucht und gegen Offshore-Steuerparadiese in der Schlussresolution wurden jedoch zugunsten allgemeiner Floskeln eliminiert. So propagiert der Monterrey-Konsens unverbindlich ein „effektives, effizientes, transparentes und verantwortliches System zum Mobilisieren öffentlicher lokaler Ressourcen“ und ruft zu „verstärkter internationaler Zusammenarbeit in Steuersachen“ auf.

Der Entwurf für die Schlusserklärung der Konferenz in Doha greift die Steuerfrage erneut auf.

Einige Formulierungen sind aber stark umstritten. Im Verbund mit anderen Finanzzentren drängt die Schweiz auf möglichst nichts sagende Aussagen, um ihre Rolle als Steuerfluchthafen bewahren zu können.

- So bereitet der Schweiz die Formulierung, wonach alle Länder die Steuerhinterziehung energisch bekämpfen sollten („strongly combating tax evasion“), mehr als nur Mühe. Einzelne Ämter der Bundesverwaltung setzten sich für eine Streichung ein. Weil international erfah-renere Kreise aber warnten, die Schweiz würde sich damit international völlig isolieren und lächerlich machen, bleibt es beim Wunsche Berns an die Verhandlungsdelegation, sie möge einen solchen Satz tunlichst abschwächen. Der jetzt vorliegende Textentwurf hält sie aufrecht.
- Die Schweiz wehrt sich auch gegen eine Aufwertung des „UN Tax Committee“. Dieses aus Einzelpersonen bestehende Gremium (auch der St. Galler Professor Robert Waldburger ist Mitglied) hat die Aufgabe, nationalen Steuerbehörden als Forum zu dienen und insbesondere Anliegen der Entwicklungsländer aufzunehmen. Zu seinen wichtigsten bisherigen Aktivitäten gehört die Weiterentwicklung eines UN-Modellabkommens für bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen. Das heutige Komitee hat keine Beschlusskraft, ist stark technokratisch ausgerichtet und personell wie finanziell unterdotiert. Die Entwicklungsländer und zahlreiche Industrieländer wollen es aufwerten und befähigen, wichtige Fragen zu behandeln wie beispielsweise das „Transfer Pricing“ (Steuervermeidung durch multinationale Konzerne), die technische Hilfe beim Aufbau effizienter Steuerverwaltungen, die Entwicklung eines Verhaltenskodex gegen internationale Steuerhinterziehung, die Stärkung des internationalen Informationsaustausches usw. Es ist unverständlich, dass die Schweiz das nicht unterstützen will.
- Ebenfalls keine Gnade findet in der Bern der Begriff der „illicit capital flows“, welche die Doha-Schlusserklärung ausmerzen will. Die Schweiz möchte ihn durch „illegale“ Kapitalströme ersetzen, weil „illicit flows“ alle „schmutzigen“ Gelder, also auch Steuerfluchtgelder, mit einschliesst. Kein anderes Land hat sich allerdings dieser helvetischen Wortklauberei angeschlossen. Ernst zu nehmende Schätzungen, die auch von der Weltbank und der UNO übernommen werden, veranschlagen diese „schmutzigen“ Kapitalflüsse auf insgesamt 1'000 bis 1'600 Milliarden Dollar im Jahr. Die Hälfte davon stammen aus Entwicklungsländern.

Jüngst hat Paul Collier, der frühere Forschungsdirektor der Weltbank und Autor des viel beachteten Buches „The Bottom Billion“, an einer Veranstaltung der Deza die Schweiz aufgefordert, sich ange-sichts ihres grossen Knowhows zum Kompetenzzentrum für internationale Finanzfragen zu entwickeln. Dazu müsste sich die Schweiz allerdings bewegen. Sie müsste ihren Widerstand gegen eine umfas-sende und weitreichende internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen aufgeben und bei der Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung konstruktiv mitarbeiten. Konkret bedeutete das etwa, die Standards der OECD und der UNO zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch in Steuerfragen zu übernehmen und bei Doppelbesteuerungsabkommen den Entwicklungsländern gleiche Rechte zuzugestehen wie etwa den USA. Statt zu mauern, sollte sie im „UN Tax Committee“ konstruktiv bei der Erarbeitung eines internationalen Verhaltenskodex gegen Steuerhinterziehung mitarbeiten. Und sie sollte das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU auch auf alle Entwicklungsländer ausdehnen.

Weitere Informationen:

Bruno Gurtner, Tel 079 400 95 66, bruno@taxjustice.net

Präsident des Global Board Tax Justice Network

www.taxjustice.net